



HESSISCHER LANDTAG

22. 08. 2017

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend bundesweit vorbildliche Ressourcenausstattung der hessischen Schulen sichert Bildungs- und Zukunftschancen der Schülerinnen und Schüler in unserem Land

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass die Schülerinnen und Schüler in Hessen auch zum beginnenden Schuljahr 2017/18 unter vorbildlichen und im Ländervergleich überdurchschnittlich guten Bedingungen dem Beginn oder der Fortsetzung ihrer schulischen Laufbahn entgegensehen können. Durch die politische Schwerpunktsetzung auf den Bildungssektor und massive Investitionen in die Schulen hat die Landesregierung die Rahmenbedingungen für Hessens Schulen und für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit kontinuierlich verbessert. Der von den Regierungsfractionen konsequent verfolgte Weg einer stetigen Erhöhung der Investitionen in Bildung und Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen wird dabei auch zum kommenden Schuljahr fortgesetzt: So stehen nach den Sommerferien dank 1.700 zusätzlicher Stellen im laufenden Haushaltsjahr insgesamt rund 53.000 Lehrerstellen für die Beschulung der rund 771.000 Schülerinnen und Schüler an den allgemeinen und beruflichen Schulen zur Verfügung. Seit Beginn der Legislaturperiode stehen den Schulen für die Schwerpunktthemen Ganztags, Sozialindex, Deutschförderung und Inklusion 3.510 Stellen mehr zur Verfügung.
2. Der Landtag würdigt, dass trotz des notwendigen Konsolidierungskurses zum Einhalten der Schuldenbremse im Einzelplan des Kultusministeriums im laufenden Haushaltsjahr eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 75,4 Mio. € (+ 1,5 %) auf 4.981.508.300 € und damit zum wiederholten Male ein historischer Höchststand an Investitionen des Landes in Bildung verzeichnet werden kann. Die Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler liegen in Hessen ausweislich des Statistischen Bundesamtes an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen klar über dem bundesweiten Durchschnitt aller 16 Bundesländer. Auf die Einwohner bezogen sind die Pro-Kopf-Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Bildung in keinem deutschen Flächenland höher als in Hessen. In der relativen Entwicklung der Bildungsausgaben der öffentlichen Hand für Schulen in den letzten 15 Jahren nimmt Hessen mit einem Zuwachs von 67,6 % den Spitzenplatz aller 16 Bundesländer ein.
3. Zusätzlich zu den massiven Investitionen in den Bereichen des Ganztagsausbaus, der Sprachförderung oder der inklusiven Beschulung wird die Lehrerversorgung von 105 % im Landesdurchschnitt seit Beginn der Legislaturperiode ohne Abstriche aufrechterhalten. In anderen Bundesländern ist zum Vergleich die Erreichung von 100 % Unterrichtsversorgung das Ziel der dortigen Landesregierungen. Die Zahl der Lehrerstellen, die Zahl der wöchentlich erteilten Unterrichtsstunden und die Schüler-Lehrer-Relation erzielen damit bessere Werte als je zuvor; an den Grundschulen in Hessen werden die im Ländervergleich drittkleinsten Klassen unterrichtet.
4. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket die Deckung des u.a. als Folge der Flüchtlinge, die in unser Land gekommen sind, zusätzlich entstandenen Lehrkräftebedarfs sichern will. Im Ergebnis konnte zum Schuljahresbeginn die Grundunterrichtsversorgung vollständig und bis auf wenige Stellen auch die darüber hinausgehende Lehrerrückstellung gewährleistet werden. Die unverbindliche Anfrage an kurz vor der Pensionierung stehende oder nicht länger als zwei Jahre im Ruhestand weilende Lehrkräfte zur freiwilligen Verlängerung ihrer Tätigkeit dient dabei als eine Maßnahme zur möglichst schnellen und kurzfristigen Deckung des zusätzlichen Bedarfs. Diese Maßnahme wird auch von anderen Bundesländern wie z.B. Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz

ergriffen, da der steigende Lehrkräftebedarf alle 16 Bundesländer gleichermaßen betrifft. Zur mittelfristigen Bedarfsdeckung wurde Gymnasial-, Haupt- und Realschullehrkräften, die bislang aufgrund eines Überangebotes an diesen Schulformen noch kein Einstellungsangebot erhalten haben, eine Weiterqualifizierung zum Unterricht an Grund- und Förderschulen ermöglicht. Durch die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten wird überdies in Zusammenarbeit mit den Hochschulen auch langfristig der Bedarf sichergestellt. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang ganz besonders, dass die Landesregierung ab dem Wintersemester 2017/18 insgesamt 315 zusätzliche Studienplätze an den hessischen Universitäten finanzieren wird.

5. Der Landtag begrüßt, dass zum kommenden Schuljahr 2017/18 bereits 21 der 33 und damit fast zwei Drittel der kommunalen Schulträger dem Pakt für den Nachmittag beigetreten sind. Entlang der für Eltern besonders attraktiven Leitlinien von Freiwilligkeit, Angebotsvielfalt und Bedarfsgerechtigkeit sichert das größte Ganztagsprogramm in der Geschichte des Landes unter Einbeziehung der Kommunen sowie im intensiven Dialog mit den Beteiligten vor Ort eine Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr. Für die zum kommenden Schuljahr neu in den Pakt für den Nachmittag aufgenommenen Schulen stellt die Landesregierung über die 166 Stellen für Neuaufnahmen, Profilerweiterungen und Profilwechsel im regulären Ganztagsprogramm des Landes hinaus noch einmal 57 zusätzliche Stellen zur Verfügung. Neben dem Pakt für den Nachmittag wurden erneut auch alle Anträge der Schulträger auf Umwandlung von Schulen in Profil 3 genehmigt.
6. Der Landtag begrüßt, dass durch gezielte Maßnahmen zur Qualitätssicherung wie die konzeptionelle Neuausrichtung der Schulevaluation, die Intensivierung der Fort- und Weiterbildungsangebote und die flächendeckende Ausweitung des Modells zur Schulleiterqualifizierung auch die Unterrichtsqualität in Hessen nachhaltig gestärkt werden konnte. Die Professionalisierung schulischer Rahmenbedingungen und die Unterstützung der Schulleitungen und Lehrkräfte tragen an entscheidender Stelle dazu bei, die Leistungspotenziale und Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler zu optimieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. August 2017

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)